Zeites Blatt

Nebraer Anzeiger

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Sauer in Roßleben.

№ 111 Donnerstag, den 15. September 1932. 45. Jahrgang

Kanzler-Rede im Rundfunk

Reichskanzler von Papen über sein Programm.

Berlin, 13. September.

Reichskanzler von Papen sprach im Rundfunk über alle deutschen Sender über das Programm der Reichsregierung und die Auflösung des Reichstages. Der Reichskanzler führte aus:

„Meine deutschen Landsleute! Ich spreche heute durch den Rundfunk zum deutschen Volke, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Reichsregierung über das von ihr befolgte Programm entgegenzunehmen."

Der Kanzler schilderte dann noch einmal die Vorgänge im Reichstag und fuhr danach fort:

„Mit dem Augenblick der Ueberreichung des Auflösungsdekrets war nach den Bestimmungen der Verfassung der Reichstag aufgelöst. Die Abstimmungen, die der Reichstagspräsident danach hat stattfinden lassen, sind verfassungswidrig und damit rechtsungültig. Aus diesem Vorgehen wird das deutsche Volk ersehen, daß es der Reichsregierung durch verfassungswidriges Handeln des Reichstagspräsidenten unmöglich gemacht worden ist, vor dem Volke einen Rechenschaftsbericht über die vergangenen drei Monate zu geben und ihr Programm für die Zukunft mitzuteilen. Es ist ihr unmöglich gemacht worden, von dieser Tribüne über Lebensfragen der Nation, wie sie der Kampf um die Gleichberechtigung darstellt, das zu sagen, was sie in dieser Stunde den anderen Mächten zu sagen hatte.

Aber ich möchte schon an dieser Stelle betonen, daß die Reichsregierung, die ein unteilbares Ganzes bildet, fest entschlossen ist, den Weg weiterzugehen, den sie mit ihren bisherigen Handlungen beschritten hat: den Weg einer neuen, unabhängigen Staatsführung, zu der der Reichspräsident sie berufen hat und zu deren Durchführung wir uns ohne Zögern, aber auch ohne Ueberstürzung ans Werk gemacht haben.

Die erste und dringendste Aufgabe der Regierung war die Erledigung der Reparationsfrage. Nachdem länger als ein Jahrzehnt der ungeheure Druck der Reparationen auf unserem Lande gelastet hat, ist in Lausanne unter dieses unselige Kapitel unserer Geschichte endlich ein Strich gezogen worden. Das System der Reparationen und seine letzte Verörperung,

Der Youngplan ist tot

und wird niemals wieder lebendig werden.

Schon in Lausanne habe ich den Anspruch Deutschlands vor der ganzen Welt angemeldet, als Volk mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten in der Welt behandelt zu werden. Die Beseitigung dieser Diskriminationen steht seither auf der Tagesordnung der internationalen Politik und darf nicht wieder davon verschwinden. Die Herstellung der vollen Souveränität des Reiches, seiner Freiheit und Gleichberechtigung ist das grundsätzliche Ziel unserer Außenpolitik

Einzelne Parteien haben es gewagt, der Reichsregierung die Berechtigung abzusprechen, diese großen Lebensfragen der deutschen Nation vorwärtszutreiben, weil sie angeblich auf einer zu schmalen Basis stände. Diesen Leuten erwidere ich: Jede deutsche Regierung, die diese Frage aufnimmt, steht auf einer sehr viel breiteren Basis, als irgendeine Partei sie bieten kann. Sie steht auf der breitesten Grundlage, die überhaupt denkbar ist, nämlich auf der Zustimmung und Unterstützung des gesamten deutschen Volkes.

Wir wollen die Abrüstung

Wir würden auch die weitestgehenden Abrüstungsvorschläge für Deutschland annehmen, vorausgesetzt, daß sie gleichmäßig für alle Staaten gelten. Aber es ist für uns unerträglich weiterhin als ein Volk 2. Klasse behandelt zu werden und weiterhin schutzlos unter den waffenstarrenden Staaten des europäischen Festlandes dazustehen. Das Ergebnis der ersten fünf Monate der Abrüstungskonferenz hat uns grausam enttäuscht. Trotz Völkerbund, Locarno und Kelloggpakt versucht man, sich den Verpflichtungen zur Abrüstung zu entziehen

Wir können an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht teilnehmen, bevor die Frage der Gleichberechtigung nicht in unserem Sinne geklärt ist.

Die französische Antwort unbefriedigend

Das Kabinett hat sich naturgemäß mit der französischen Antwort noch nicht befassen können. Dennoch glaube ich schon jetzt sagen zu müssen, daß der Inhalt der Note nicht geeignet ist, die Lösung dieses ernsten Problems zu fördern. Ueber die Schritte, die wir nun zur weiteren Behandlung dieser lebenswichtigen Frage zu tun gedenken, wird das Kabinett in den nächsten Tagen Beschluß fassen.

In diesen Tagen unternimmt Deutschland einen gigantischen Versuch, durch Mobilisierung seiner letzten inneren Reserven Arbeit und soziale Befriedung zu schaffen. Das große Ziel, das die Reichsregierung sich beim Herumwerfen des Steuers der Wirtschaft gesteckt hat, und das sie ihrer festen Ueberzeugung nach erreichen wird, ist die entscheidende

Verminderung der Arbeitslosigkeit

Noch liegt die furchtbarste Krise, die die Wirtschaftsgeschichte der Menschheit kennt, über der Welt und über Deutschland. Aber schon machen sich allenthalben erfreuliche Zeichen einer anglamen Besserung, zum mindesten eines bevorstehenden Stillstandes der Krise bemerkbar. Diesen Augenblick hat die Reichsregierung für den rechten gehalten, um mit dem Ihnen ja bekannten Wirtschaftsprogramm den Angriff zu beginnen. Es ist wichtigste Voraussetzung jeder nationalen Politik, die Selbstständigkeit der deutschen Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen. Wir müssen also die Devisenquellen bei der Landwirtschaft beseitigen. Das bedeutet: Hebung der Kaufkraft der Konsumenten für landwirtschaftliche Produkte, Fernhaltung der vom Weltmarkt ausgehenden Störungsmomente, Kontingentierung bestimmter Einfuhrartikel und Minderung der Lasten durch Zins- und Steuersenkung.

Selbstverständlich bekennt sich die Reichsregierung zu der christlich-sittlichen Pflicht des Staates gegenüber den schutzbedürftigen, insbesondere den kranken, verletzten und invaliden Arbeitnehmern. Hier findet die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit.

„Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben."

Nach dieser Richtschnur will die Reichsregierung handeln. Niemand in der Reichsregierung denkt daran, die wohlerworbenen Rechte des öffentlich-rechtlichen Versicherungsschutzes zu beseitigen, den Arbeiterschutz aufzuheben oder die begrifflichen Merkmale des Tarifvertrages zu zerstören. Das Mißtrauen, das in dieser Hinsicht der Ermächtigungsverordnung entgegengebracht wird, ist grundlos..

Mahnung an das Unternehmertum

Ich möchte hier eine sehr ernste Mahnung aussprechen. Alle Maßnahmen, die in den Verordnungen vom 4. und 5. September niedergelegt sind, gelten für eine Uebergangszeit von zwölf Monaten. In dieser Zeit entscheidet sich die Zukunft unserer Wirtschaft und damit unseres Staates.

Die Reichsregierung erwartet von den Unternehmern, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des ganzen Volkes verwalten. Sie wird mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollen. Mißlingt der Plan der Reichsregierung, dann ist das freie Unternehmertum verloren. Wehe dem Unternehmertum, wenn es jetzt nicht seine Stunde erkennt und die große Chance begreift, die ihm die Reichsregierung bietet, wenn es nichts wagt, sondern zurückhaltend abwartet.

Umbau des staatlichen Lebens

Die Regierung wäre fehl am Platze, wenn sie zugeben wollte, daß nach dem demokratischen Pendelgesetz wechselnder parlamentarischer Mehrheiten ihre Nachfolgerin wieder eine irgendwie zusammengesetzte Parteien-Koalition sein könnte. Damit wäre für eine grundlegende Umstellung nichts gewonnen. Ebenso verfehlt würde es sein, an die Stelle wechselnder Partei-Koalitionen die Diktatur einer Partei zu setzen, — eine Staatsform, die möglicherweise den Bedürfnissen anderer Länder, niemals aber denen des deutschen Volkes entspricht.

Aus der heutigen Zersetzung unseres Staatslebens heraus und in gesunde, zukunftsvolle Verhältnisse kann uns allein die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen nationalen Staatsführung bringen, die gestützt ist auf die Macht und die Autorität des vom Volke gewählten Reichspräsidenten.

Innere Erneuerung

Der Staat muß sich der geistigen und religiösen Grundlagen bewußt sein, auf denen er ruht. Kulturelle Neutralität ist für ihn ein Unding. Staatliche Führung kann nie Kultur hervorbringen, kann sie nur schützen und lebend erhalten. Aber in Zeiten, in denen das Volk sich in einer geistigen Wende befindet und dem inneren Streit zu erliegen droht, muß die Staatsgewalt auch auf dem Wege der inneren Erneuerung vorangehen. Sie wird den

Kulturbolschewismus in jeglicher Form bekämpfen,

der die geistige Grundlage unseres Volks- und Staatslebens zersetzt. Die Erziehung der Jugend muß wieder unter den Gesichtspunkt gestellt werden, ein Geschlecht heranzubilden, das fähig ist, den Staat zu tragen.

Ich erfülle eine selbstverständliche Pflicht, wenn ich mich in dieser Stunde großer Entscheidungen vor die historische Persönlichkeit unseres Staatschefs stelle. So hoch die kämpfenden Gewalten von heute überschattet werden von diesem Symbol der Einigkeit, von der ehrfurchtgebietenden Persönlichkeit Hindenburgs, — so sicher bin ich, daß jeder gute Deutsche nur mit Kopfschütteln und Abscheu von Reden Kenntnis genommen hat, die jede Ehrfurcht vor der Weisheit des Alters und der großen Persönlichkeit vermissen lassen.

Die grundsätzliche Beseitigung der Schäden, die aus der Staatsführung der letzten dreizehn Jahre entstanden sind, kann folgerichtig nur in einer

Reform der Verfassung

gefunden werden, Wir werden diese Frage nicht übereilt und nur in Uebereinstimmung mit den Ländern der Lösung zuführen.

Um Helena

Roman von Ida Boy-Ed

Copyright 1931 by Romandienst Digo Berlin W 30

(25. Fortsetzung.)

„Hoffentlich nichts Unangenehmes — da du deinen Busenfreund so ernsthaft hinausblinkest. Du — einem jungen Ehemann darf man den ersten Tag in seinem Heim und in seinem Beruf nicht verderben!" mahnte Edlef mit etwas erzwungener Munterkeit.

Thassilo besann sich noch einige Herzschläge lang.

„Ist dir bekannt, daß meine Mutter keineswegs die wohlhabende Frau ist, für welche sie sich bis vor kurzem hielt?" fragte Thassilo endlich leise.

Er sah vor sich hin auf die Schreibtischplatte. In diesem Augenblick konnte er den anderen nicht anschauen. Er fürchtete einen triumphierenden Ausdruck zu begegnen — —

Diese Demütigung hätte er nicht ertragen. Ihm war, als würde er dann zuschlagen — —

Edlefs Augen weiteten sich — er erblaßte.

„Allerdings" — er stotterte geradezu, „allerdings — ich weiß seit mehreren Jahren, daß unsere Mütter aus einer Kasse leben. Seit dem Tode meines Vaters — mir sind damals von Mama Einblicke — aber sag doch um Gottes willen, wie kommst du darauf? Und jetzt?"

„Am Tage deiner Hochzeit machte meine Mutter mir einige Andeutungen — aber wir wissen ja: meine Mutter ist ein weltfremdes Kind und in Geldfragen von einer fast unwahrscheinlichen Urteilslosigkeit ... ich meine, ein Fremder könnte die Möglichkeit solcher Naivität fast bezweifeln. Wir wissen aber, wie es ist. Und seit jenem Tag habe ich nur auf diese Stunde gewartet, um dich zu fragen, um mit dir abzurechnen!"

Er erhob die Stimme. Es klang wie eine Drohung.

Seine Mutter wäre entsetzt gewesen: Rühung, Dank, Weichheit hätte sie in diesem Augenblicke für Edlef gefordert.

Edlef stand auf. Er trug den Stuhl an den Tisch im Hintergrund und setzte ihn hart hin.

„Abrechnen?" fragte er, „abrechnen? Ja, das ist nicht so einfach. Dazu bedürfen wir zahlloser Papiere und Bücher. Und die sind alle bei meiner Mama. Sie ihr abfordern, hieße doch, die arme Frau namenlos aufregen."

„Das sehe ich nicht ein. Du kannst hinreisen, du kannst als ihr Sohn ihr vorstellen, daß du ihr alle Arbeit abnehmen willst."

„Nun, das ist doch sicher, daß einer so Hinsiechenden etwas so Wichtiges abfordern auf deutsch heißt: ich glaube, du mußt bald sterben!" rief Edlef.

Thassilo besann sich. So ähnlich hatte seine Mutter auch gesprochen. Er begriff es auch. Aber doch ... sein Wunsch verzehrte ihn fast.

„Es liegt mir so viel daran," murmelte er.

„Soll ich also die Roheit begehen? Wenn du darauf bestehst, muß ich es. Denn das Recht ist auf deiner Seite. Du hättest ja schon am Tage, wo du mündig wurdest, Abrechnung fordern dürfen!" sagte Edlef.

Was er für einen kalten, geschäftsmäßigen Ton anzuschlagen verstand!

„Eine Roheit? Nein!" antwortete Thassilo .

Und Edlef stand und beobachtete den anderen lauernd.

„Die genaue Abrechnung können wir verschieben bis nach — nach — —

Thassilo unterbrach sich schon. „Bis nach dem Tode deiner Mutter!" Das sagt man einem Sohne nicht ins Gesicht.

Mein Gott, wenn ihm, der seine Mutter mit verzehrender Inbrunst liebte — wenn ihm das jemand eines Tages ins Gesicht sagen wollte!

„Wir könnten, wollte ich sagen," hob er wieder an, „für uns ungefähr abrechnen. — Da du vermutlich Zahlen weißt, nenne sie nur! Die Genauigkeit kann nachkommen. Schon das Ungefähre würde mich beruhigen."

„Mir erscheint es zeitraubend und ohne Sinn," entgegnete Edlef.

Ja, ihm muß es so scheinen ,er weiß nicht, wie eilig mein Haß es hat, dachte der andre.

„Ich meine doch," fuhr Edlef mit einer leichten Bonhomie im Tone fort, „zwischen dir und mir, zwischen deiner Mutter und der meinen sollte nicht allzuviel von Abrechnung die Rede sein. Wir waren so sehr eine Familie, daß auch die Grenze zwischen eurem und unserem Besitz niemals so wachsam umstritten zu werden brauchte. Und besonders nicht nachträglich! Ich denke doch, wir schieben dies alles auf, bis meine arme Mama erlöst ist. Die paar Monate kannst du dich gedulden."

Das ist eine Ewigkeit — jeder Tag ist eine Ewigkeit, dachte Thassilo.

„Ich werde mich gedulden," sagte er langsam. Denn ihm fiel nichts ein. Er konnte nur Edlefs Worte wieder benutzen, wie sie ihm im Ohr nachhallten.

Lange saß er nachher und sann. Es erschien ihm auch wie ein Phänomen, daß Edlef gar nicht verändert war — — —

Aber sie — sie? Welche neuen und heiligen Schönheiten würden von ihrer Stirne leuchten?!

Zwei Mysterien gibt es im Leben des Weibes. Aus der Jungfrau wird die Gattin, die Mutter. Das sind auf ihrem Wege zur Vollendung die beiden heiligen Stufen, die emporführen.

Wie hatte dies erste Mysterium auf Beate gewirkt?

War sie selig in Liebe? Hatte die Enttäuschung die Blüten ihres Herzens geknickt?

Wenn ich sie sehen könnte, dachte Thassilo, einmal heimlich und unbelauscht! Denn in ihm brannte der hoffende Glaube, daß sie erkannt habe, wie der Mann an ihrer Seite nur ein Blender sei — — — —

Und dann — —

Aber trotzdem vermied er ihre Gegenwart. Wenn eine Einladung, wenn eine zufällige Begegnung sie zusammenbrachte, mied er jeden Blick, fast jedes Gespräch.

Er wußte: jeder seiner Blicke würde eine Frage, jedes Wort ein Geständnis werden — das sie wie ein unkeusches Eindringen in ihr geheimstes Weibleben beleidigen mußte. — —

Aber es hatte das Ansehen, als sei die ungeheure Wandlung ihres Daseins an ihr vorübergegangen, ohne ihrer Seele zur Weckerin oder Erzieherin geworden zu sein.

Denn jedem Auge erschien sie unverändert. Noch immer stand das vielsagende Lächeln auf ihren Lippen, noch immer ging sie ruhevoll und schön, strahlend in ihrer unvergleichlichen Gestalt durch das Leben.

Und dies Leben war ganz dem sorgenlosen Genuß zugewandt.

Edlef machte zunächst seinen Vorsatz, „schauderhaft" fleißig zu werden, noch nicht wahr.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320916-16/fragment/page=0001

Wir beabsichtigen, dem deutschen Volk nach sorgfältiger Prüfung einen Entwurf vorzulegen, der auf Grund der Erfahrungen der Geschichte und der Eigenart unserer Heimat für lange Zeit die Grundlage unseres staatlichen Lebens sichern soll. Ganz dringend ist die Frage einer Neuregelung des Aufbaus des Reiches. Das Wahlrecht — das ist die Auffassung fast aller politischen Parteien — bedarf eines Umbaues. Die Heraufsetzung des Wahlalters wird Schule und Universität in weitem Maße von politischer Radikalisierung befreien, der sie heute zum Opfer zu fallen drohen. Die Frage Reich-Preußen wird im Rahmen der Verfassungs- und Reichsreform gelöst werden. Wir werden den geschichtlich gewordenen preußischen Staat nicht zerschlagen. Notwendig ist aber eine organische Verbindung der preußischen Regierung mit der des Reichs. Auf diesem Gebiet liegt die Möglichkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform und Verwaltungsverbilligung. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen wird die Eigenstaatlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antasten. Ich bin überzeugt davon, daß eine Reichsreform möglich ist, die sowohl dem geschichtlichen Recht der Länder wie dem Gesamtwohl des deutschen Volkes entspricht.

Der Kanzler schloß: „Ich hatte die Absicht, von der Tribüne des Reichstags die erwählten Vertreter des Volkes aufzufordern, dem Lande dadurch zu dienen, daß sie der Reichsregierung die Durchführung ihres Programms ermöglichen. Die Volksvertretung hat mich daran gehindert, sie hat es nicht gewollt. Deshalb rufe ich dem Lande in dieser Stunde zu: Mit Hindenburg und für Deutschland!"

Polizeilicher Uebergriff?

Haussuchungen im Reichstag.

Berlin, 14. September.

Ueber eine in den Räumen der kommunistischen Reichstagsfraktion durchgeführte polizeiliche Durchsuchung ist von der Polizei folgender Bericht ausgegeben worden:

„Auf Grund einer eingegangenen zuverlässigen Nachricht hat in der Nacht zum 13. September um 22.30 Uhr der stellvertretende Leiter der Abteilung I des Polizeipräsidiums, Regierungsrat von Werder, eine Durchsuchung im Reichstag angeordnet, da der dringende Tatverdacht eines Sprengstoffattentats vorlag.

Die Durchsuchung konnte dem Reichstagspräsidenten und dem Polizeipräsidenten vorher nicht angekündigt werden, da beide Herren fernmündlich nicht zu erreichen waren. Es wurden die Keller des Reichstags sowie die Fraktionsräume der kommunistischen Partei durchsucht. Der nach kurzer Zeit eintreffende Direktor der Reichstagsverwaltung Geheimrat Galle erhob gegen die Durchsuchung energischen Protest und teilte mit, daß er die Angelegenheit bei den zuständigen Stellen des Reichstags zur Sprache bringen würde.

Da Regierungsrat von Werder annehmen mußte, daß Gefahr im Verzuge war, hat er trotz des Protestes des Geheimrats Galle die Durchsuchung weiter fortgesetzt.

Hinweise auf ein Sprengstoffattentat sind nicht gefunden worden. In den Fraktionszimmern der kommunistischen Partei wurden zwei Zersetzungsschriften sowie ein Buch, das sich mit dem Eisenbahnbau beschäftigt, beschlagnahmt. Der Polizeipräsident hat eine Untersuchung der Angelegenheit in die Wege geleitet."

„Absolut deutscher Rundfunk!"

Reichsrundfunkkommissar Scholz vor der Presse.

Berlin, 14. September.

Der vor kurzem zum Reichsrundfunkkommissar ernannte Ministerialrat Scholz stellte sich den Vertretern der Presse vor. Einzelheiten über die Organisierung des Rundfunks könne er noch nicht sagen, da noch keine abschließenden Entscheidungen getroffen seien. Vor allem wären vier organisatorische Aufgaben zu lösen, von denen er hoffe, daß sie in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen würden. Es handele sich dabei um die Organisierung der Programmabteilung der Reichsrundfunkgesellschaft, um die Aufstellung des Schemas für die Sendegesellschaften, die Schaffung des neuen Reichssenders und die Organisation der Dradag. Für die künftige Programmgestaltung seien die Leitsätze maßgebend, die seinerzeit über den Rundfunk herausgegeben worden seien und die die Richtung der neuen Aufgaben kennzeichneten.

Ministerialrat Scholz sagte zusammenfassend, daß aus dem Rundfunk ein absolut deutscher Rundfunk gemacht werden müsse. Vor allem maßgebend sei der Grundsatz, keine Parteipolitik zu treiben. Dieser Grundsatz werde auch in den kommenden Richtlinien der Programmabteilung mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht werden.

Paris lehnt ab

Gegen Deutschlands Aufrüstung. Für Entscheidung des Völkerbundes.

Berlin, 13. September.

Die Antwort der französischen Regierung auf die deutsche Wehrdenkschrift liegt jetzt im Wortlaut vor. Wie schon aus den Pressemitteilungen hervorging, lehnt die französische Note jeden Versuch einer deutschen Aufrüstung auf das entschiedenste ab und überläßt die Entscheidung über die deutschen Gleichberechtigungswünsche vollkommen dem Völkerbund, der nach Ansicht der französischen Regierung allein für die Erledigung dieser Angelegenheit in Frage kommt.

Einleitend stellt die französische Antwortnote fest, daß die Auffassung der Reichsregierung, wonach der Verlauf der Abrüstungskonferenz möglicherweise unbefriedigend bleiben werde, den Ereignissen vorgreife und sich bei gerechter Bewertung des bereits Geleisteten nicht rechtfertigen lasse.

„Wenn die deutsche Regierung sich für berechtigt erklären wollte, ihren eigenen Rüstungsstand unter Berufung darauf zu ändern, daß von dem jetzt in Vorbereitung stehenden Abkommen nur unzureichende Ergebnisse zu erhoffen seien, so würde sie nicht nur den klaren Verpflichtungen aus dem von ihr unterzeichneten Vertrage zuwiderhandeln, sondern sie würde durch ihre Haltung auch die künftige Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung, wie sie sie ihrer eigenen Erklärung nach wünscht, unmöglich machen.

Im übrigen wendet sich die französische Regierung sehr scharf gegen die deutsche Auffassung, daß die Abrüstungskonvention an der Stelle des Versailler Vertrages treten müsse und keine Sonderbestimmungen für Deutschland vorgesehen sein dürften. Vom Rechtsstandpunkt aus könne Frankreich dieser These nicht beipflichten.

Denn weder im Teil 5 des Vertrages (von Versailles) noch in der Völkerbundssatzung finde sich irgendeine Vorschrift, wonach eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen die Nichtigkeit der im Vertrage enthaltenen Bestimmungen dauernden Charakters zur Folge hätte.

Die französische Antwort geht dann auf den geplanten Umbau der Reichswehr ein und behauptet glattweg, daß es sich hier um eine „Aufrüstung" handele, die sich unabwendbar auf alle die Staaten ausdehnen würde, die durch Verträge an ein ähnliches Regime gebunden seien wie Deutschland. Eine Aufrollung des ganzen mittel- und osteuropäischen Problems wäre also die unmittelbare Folge und auf dieser breiten Grundlage würde das Wettrüsten von neuem beginnen. Frankreich könne sich nicht darauf einlassen, auf ein Problem von solchem Umfang für sich allein eine Antwort zu erteilen.

Außerdem sei für die Diskussion der Vertrag von Versailles maßgebend, der nicht einseitig abgeändert werden könne. Die Entscheidung liege laut Artikel 164 des Friedensvertrages allein beim Völkerbund. Frankreich könne den Verpflichtungen, die es ihm gegenüber eingegangen sei, nicht zuwiderhandeln, und es behalte sich vor, von dem Völkerbund gegebenenfalls die Gründe darzulegen, die es hindern, einer Wiederaufrüstung Deutschlands zuzustimmen.

Der DHV. zum Wirtschaftsprogramm.

Auf dem von 300 Vertretern der zum Kreis Osterland im D.H.V. gehörenden Ortsgruppen besuchten Kreistag in Gera sprach Gauvorsteher Erich Ahrend-Halle u. a. über die Stellungnahme des D.H.V. zum Wirtschaftprogramm der Reichsregierung. Die mit überaus starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurden in folgender einstimmig angenommenen Entschließung zusammengefaßt:

„Zu den allerdringendsten innerpolitischen Aufgaben gehört die Entlastung des Arbeitsmarktes. Soweit das von der Reichsregierung in Aussicht genommene Wirtschaftsprogramm diesem Ziel dient, stimmen die am 4. September 1932 in Gera zum Kreistag versammelten Vertreter des Kreises Osterland im D.H.V. dem Programm zu. Nach den Erfahrungen, die mit den Lohn- und Gehaltskürzungen der letzten Jahre gemacht worden sind, warnen die Vertreter der deutschnationalen Kaufmannsgehilfen jedoch ganz entschieden vor neuen Experimenten dieser Art. Eine Wirtschaftsbelebung kann nur dann erfolgen, wenn unter Verzicht auf einen weiteren Abbau der teilweise schon bis unter das Existenzminimum gesenkten Löhne und Gehälter durch die Zurückführung eines Teiles der jetzt Arbeitslosen neue Kaufkraft geschaffen wird. Eine Verteilung der gleichen Lohn- und Gehaltssumme, die jetzt von der Wirtschaft bezw. vom einzelnen Betrieb gezahlt wird, auf eine größere Zahl von Arbeitnehmern kann keine Umsatzbelebung bringen, sondern muß zu weiteren Einschränkungen bei den Arbeitnehmern führen, deren jetziges Einkommen erneut gekürzt wird.

Die zum Kreistag des D.H.V. versammelten Vertreter fordern deshalb im Interesse der Gesamtwirtschaft die völlige Beseitigung der Bestimmungen, die in Verbindung mit der Wirtschaftsankurbelung eine weitere Lohn- und Gehaltssenkung ermöglichen sollen. Von den deutschen Unternehmern darf erwartet werden, daß sie diese Forderung unterstützen, nachdem zahlreiche Stimmen aus maßgebenden Kreisen der deutschen Wirtschaft sich gegen einen weiteren Lohn- und Gehaltsabbau und gegen eine Verschiebung der Wettbewerbsverhältnisse ausgesprochen haben, die bei ungerechtfertigter Anwendung der in Aussicht genommenen „Auflockerung" der Tarifverträge in zahlreichen Fällen durch mißbräuchliche Ausnutzung zu befürchten ist.

Auch dann, wenn auf jede weitere, die Umsatzsteigerung hemmende Lohn- und Gehaltskürzung verzichtet wird, ist das Wirtschaftsprogramm nur erfolgreich durchzuführen, wenn die deutschen Unternehmer mit gesundem Optimismus und mit der Bereitwilligkeit, das dem Wesen einer echten Privatwirtschaft entsprechende Risiko zu übernehmen, an die Erfüllung der ihnen zufallenden Aufgabe herangehen. Der Privatwirtschaft ist jetzt nochmals eine Möglichkeit gegeben, den Nachweis zu führen, daß sie allen anderen Wirtschaftssystemen überlegen ist. Von dem Gelingen dieses Nachweises hängt nicht nur die Zukunft der Privatwirtschaft, sondern auch das Schicksal des neuen Wirtschaftsplanes der Reichsregierung ab. Der Kreistag des D.H.V. spricht deshalb die Hoffnung aus, daß die deutschen Unternehmer die Größe und Bedeutung der ihnen zufallenden Aufgabe erkennen und unter Verzicht auf die Durchsetzung kleinlicher Abbauforderungen in den Tarifverträgen der Kaufmannsgehilfen gemeinsam alle Kräfte für die endliche und endgültige Ueberwindung der Krise und damit der deutschen Not einsetzen. Die Bereitwilligkeit der deutschen Kaufmannsgehilfen zu freudiger Mitwirkung an solcher Aufbauarbeit wird hierdurch vom D.H.V., der berufenen Vertretung der deutschen Kaufmannsgehilfen, bekundet, weil in solcher Erfüllung der beruflichen Tätigkeit eine Aufgabe liegt, die im besten Sinne des Wortes Dienst am Volke ist.

Neue Bücher und Zeitschriften.

Der neue Stil der neuen Mode ist der alte Stil aller Moden, die in erster Linie kleidsam sein sollen. Das soeben erschienene neueste Heft der **„Eleganten Welt"** bringt schon eine Fülle neuer Modelle, die diese Kleidsamkeit aufzeichnet. Anklänge an das Directoire, das Empire, das Prinzeßkleid sind bemerkbar, die hohe Taillenlinie betont die Schlankheit der Silhouette. All dieses wird Ihnen an Mänteln, Kleidern und Kostümen demonstriert, die in wirkungsvollen Aufnahmen und flotten Zeichnungen wiedergegeben sind.

Wie verhalte ich mich zuständig? Klagen oder verklagen lassen — welches Gericht ist zuständig? — Zahlungsbefehl oder Klage — Zuständigkeitsstreitigkeiten — Soll man Versäumnisurteil beantragen? — Was macht man bei Ladungen zu auswärtigen Terminen? — Gewährung des Armenrechts — Mit welchen Kosten muß ich rechnen? — Welche Kosten kann man vom Gegner erstattet verlangen? — Alle diese wichtigen Fragen der Praxis behandelt ein ausführlicher Aufsatz in den Wirtschaftlichen Kurzbriefen. Weitere aktuelle Aufsätze behandeln unter anderem Lohnsteuerfragen — Rechtsprechung aus dem Bausparkassenwesen — die neue Arbeitslosenhilfe u. a. Die WK. haben schon manchen Geschäftsmann hunderte von Mark an Steuern sparen helfen. — Fordern Sie deshalb kostenlose Zusendung vom Rudolf Lorentz-Verlag, Charlottenburg 9. Scha.

In der jetzigen schweren Zeit, wo Gemüse- und Kartoffelgerichte immer häufiger ohne Fleisch als vollständige Mahlzeit auf den Tisch kommen, ist Maggi's Würze eine wertvolle Hilfe bei deren Zubereitung. Wenige Tropfen den fertig gekochten Gerichten zugesetzt, geben kräftigen Wohlgeschmack und machen die Gemüse auch bekömmlicher.

Um Helena

Roman von Ida Boy-Ed

Copyright 1931 by Romandienst Digo Berlin W 30

(26. Fortsetzung.)

Man mußte doch auf allen Gütern der Umgegend Besuch abstatten. Man mußte sich doch als junges Ehepaar ein wenig anseien lassen. Malte von Holdin gab ein großes Gartenfest, zu welchem er aus Berlin einen Feuerwerker und Dekorateur kommen ließ. Bei Prancken fand eine Jagd statt, gleich nachdem die Hühnerjagd offen war, und Edlef und Beate selbst sahen alle Augenblicke jemand bei sich. Der Herbst war auch so schön. Es gab ein Fahren und Reiten und Fröhlichsein alle Tage. Malte von Holdin war ebenso unzertrennlich von dem Ehepaar, wie er es von dem Brautpaar gewesen.

In den Köpfen der Marstädter setzte sich daher die Ansicht immer fester, daß Edlef doch wohl der eigentliche Herr der Firma Stürmer & Stürmer sei, denn sonst würde er sich so viele Freiheit nicht nehmen können, und der andere würde sich auch wohl dafür bedanken, so viel mehr zu arbeiten. Es sahen weite Kreise Thassilo als eine Art besoldeten Oberarbeiter seines Vetters an, der ungefähr die gleiche Stellung bei der Ausführung des Werkes haben mochte wie Irne Hjelmersen. Daß man diese beiden fast immer zusammen sah, bestärkte die Meinung. Es gab Leute, die Irne Hjelmersen darauf anredeten. Er wollte sich dann totlachen vor Spott über solche Vorstellungen und sagte den Fragenden, daß in der Tat er und Thassilo Stürmer bloß Ignoranten seien und daß ohne Herrn Edlef die Deiche im Fluß versacken und die Quaimauern zusammenpoltern würden. Er unterließ nie, solche Gespräche Thassilo mitzuteilen.

Sie lachten zusammen darüber. Aber während sie lachten, sahen sie sich in die Augen und einer wußte es vom anderen: es fraß doch, und der Bodensatz von Bitterkeit ward immer größer in ihren Gedanken.

Einmal brachte Irne Hjelmersen eine ganz possirliche Nachricht mit. Es war herausgekommen, daß Edlef auf seiner Hochzeitsreise sich und seine Frau als Graf und Gräfin Stürmer in die Fremdenbücher der Hotels eingetragen hatte. Irgend ein Verwandter irgend einer Marstädter Persönlichkeit wollte das junge Paar in Freshwater gesehen und bei der Nachfrage beim Hotelportier dann erfahren haben, daß die Herrschaften Graf und Gräfin Stürmer seien.

Auch der klügste Mensch versteht und glaubt nur, was in den Bereich seines Begriffsvermögens fällt. Thassilo sagte schlankweg, es könnte nicht wahr sein. Er wußte ja, daß Edlefs Geschmack auf glanzvolle Aeußerlichkeiten ging. Aber eine derartige Banalität in der Eitelkeit traute er keinem Manne von Verstand zu. Und dann .... wie hätte Edlef dergleichen vor Beate tun können und mögen! Sich so kleinlich benehmen vor den Augen einer solchen Frau! Nein, das mußte ein albernes Mißverständnis sein!

Das sagte er auch seiner kleinen Freundin Hedi, als er mit ihr zufällig von dem dummen Gerede sprach.

Hedi schwieg bedrückt. Sie wußte wohl, daß Edlef sich durch solches Gebaren nicht vor Beate herabsetzte, sondern daß es sicherlich geschehen sei, und zwar im völligen Einverständnis mit ihr.

Ach, dachte sie manchmal, wenn er sich doch nicht so fern von ihr halten wollte! Wenn er oft und viel mit ihr spräche, dann müßte er es doch erkennen, wie sie eigentlich ist.

Hedi wußte nicht, daß es für solche Leidenschaft nur eine Form der Genesung gibt: die unheilvollste, die durch den Besitz!

Dieses Weib konnte sich vor aller Welt als glatt, klein, arnsesigen Geistes offenbaren — der Mann, den die Begier nach ihrem Besitz blind machte, würde fortfahren, in ihr eine Göttin zu sehen.

Hedi in ihrem keuschen und unerfahrenen Sinn dachte, daß zu einer Liebe ganz andere Dinge gehörten und vor allem eine seelische Uebereinstimmung.

Aber sie empfand doch eine Art von schmerzlichem Glück darüber, daß Thassilo sie seit jenem Abend als seine nächste Freundin behandelte.

Und im Grunde genommen war sie nur seinetwegen nach dem Tode ihres Vaters nach Glanau zurückgekehrt.

Sie war in den praktischen Angelegenheiten des Lebens sehr wohl erfahren. Seit ihren Backfischjahren hatte sie schon alle Hausfrauenpflichten auf sich nehmen müssen. Sie verstand die Kunst, mit bescheidensten Mitteln anständig zu walten, aus alten Kleidern gut aussehende Garderobe herzustellen. Ihre Fähigkeiten waren erprobt und vielseitig. Sie hätte eine gut bezahlte Stellung als Hausdame finden und ausfüllen können.

Daß sie hier auf Glanau, trotz aller Gutherzigkeit Georg Altheers, als eine angesehen werde, die gewissermaßen in Gnaden aufgenommen sei, verhehlte sie sich gar nicht. Aber sie konnte sich ruhig gestehen, daß sie hier viel, viel mehr arbeitete, als sie anderswo gegen Gehalt zu leisten nötig gehabt haben würde. Deshalb ertrug sie es auch gelassen, wenn dieser oder jener Bekannte der Altheersche Familie ihr ins Gesicht rühmend hervorhob, wie schön es für sie sei, eine zweite Heimat gefunden zu haben.

Georg Altheer selbst hatte ja gewissermaßen einen kleinen „Moralischen" gehabt, als ihm einfiel, was er in weinseliger Rührung versprochen. Nicht, daß es ihm zu viel gewesen wäre, das gute Kind an seinem Tische zu haben. Er wußte auch genau: die Hedi, die verdiente dreimal das Brot, das sie bei ihm aß. Aber immerhin, — er hatte sich doch gewissermaßen was Verantwortliches aufgesackt. Er, der sich im Grunde auf einen famosen Junggesellenlebensherbst voll Freiheit gefreut hatte!

Zu seiner großen Erleichterung merkte er bald, daß Hedi keine Ansprüche an ihn machte.

Ausgehen konnte sie ja auch noch nicht: sie war in tiefster Trauer.

Und eigentlich war es auch selbstredend, daß sie nicht verlangte, er solle alle Abend bei ihr daheim sitzen.

Seine Tochter und sein Schwiegersohn zeigten sich auch sehr einverstanden mit Hedis Anwesenheit auf Glanau. Beate hatte allerlei gefürchtet: ihr Papa könnte mal in die Hände einer „Person" fallen — es wäre nicht das erste Mal gewesen, daß ein so kraftvoll fröhlicher Mann sich von einer forschen Haushälterin oder sonst einem spekulativen Weibe in eine Ehe hätte hineinbugsieren lassen.

Hedi gegenüber ließ sie aber immer ein wenig merken, wie nicht jede Waise das Glück habe, gleich einen Pflegevater zu finden.

Auch das ertrug Hedi mit Gelassenheit. Ihre Seele war erfüllt von dem schönen Glauben, hier eine Mission zu haben. Und um einen Glauben, welcher Art er auch sei, erträgt jedes Wesen mit Freude jede Demütigung.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320916-16/fragment/page=0002

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: i. V. R. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Mögling (vorm. Ww. Meitz), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 111 Donnerstag, den 15. September 1932. 45. Jahrgang

Deutscher Reichstag

Auflösung — aber Weitertagung

Berlin, 13. September.

Die Tribünen, auch die Diplomatenloge, sind bis auf den letzten Platz besetzt. Die Mitglieder des Reichskabinetts sind vollzählig erschienen. Von den nationalsozialistischen Abgeordneten haben diesmal nur wenige die Parteiuniform angelegt. Reichstagspräsident Göring eröffnet um 3 Uhr die Sitzung und teilt mit, daß an die Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Lohse (Nat.-Soz.) der Abgeordnete Backhaus (Nat.-Soz.) getreten ist. Er gibt dann die Konstituierung der Reichstagsausschüsse bekannt.

Zur Geschäftsordnung begründet Abg. Torgler (Komm.) eine Aenderung der Tagesordnung.

Seit der letzten Sitzung sei jene Notverordnung erschienen, die die Arbeiterschaft zu Gunsten der Besitzenden in schlimmster Weise belaste. Das Schicksal der Arbeiterklasse dürfe nicht abhängig gemacht werden von den Verhandlungen über das Schicksal des Reichstags. Früher hätten die Nationalsozialisten so etwas „Kuhhandel“ genannt.

Von den Kommunisten werde darum beantragt, auf die Tagesordnung der Sitzung den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung zu setzen und ferner die Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen die Regierung.

Sollte, wie zu erwarten, diesem Antrag widersprochen werden, so beantragten die Kommunisten sofortige Anberaumung einer neuen Sitzung.

Abg. Löbe (Soz.)

beantragt, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung zu setzen. Es sei ja sicher,

daß der deutschnationale Fraktionsführer dem kommunistischen Antrag widersprechen werde.

Präsident Göring richtete nun an das Haus die Frage, ob dem kommunistischen Antrag widersprochen wird.

Von keiner Seite kommt Widerspruch. Diese überraschende Wendung wird mit Bewegung und Heiterkeit aufgenommen, denn damit wäre die sofortige Abstimmung über Notverordnung und Mißtrauensantrag beschlossen.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.)

beantragt, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen. Dieser Antrag wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten und des Zentrums angenommen.

Die zweite Sitzung

Gegen 4 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Das Haus hatte sich schon auf das erste Klingelzeichen hin sofort im Saal eingefunden, während die Regierungsbank leer blieb.

Nachdem Präsident Göring dann die Sitzung wiedereröffnet hatte, erschien auch Reichskanzler von Papen wieder im Saal. Er hatte eine rote Aktenmappe unter dem Arm, im Hause setzte, als dies bemerkt wurde, Heiterkeit und Erregung ein.

Präsident Göring erklärt dann: Nachdem sich vorhin kein Widerspruch geltend gemacht hat, kommen wir zur Abstimmung über die Anträge des Abgeordneten Torgler (Komm.) Reichskanzler von Papen erhebt sich. Präsident Göring fährt fort: Wer für den Antrag ist, bitte ich eine Karte mit Ja, wer dagegen ist, eine Karte mit Nein abzugeben. — Unter großer Erregung im ganzen Hause begibt sich Reichskanzler von Papen zum Präsidentenstuhl und legt dem Präsidenten ein Blatt Papier, die Auflösungsverordnung des Reichspräsidenten, vor.

Der Präsident legt die Verordnung zur Seite und bleibt auf seinem Platz, um die eingeleitete Abstimmung unter seinem Präsidium durchführen zu lassen.

Reichskanzler von Papen hatte sich, nachdem die Abstimmung bereits eingeleitet worden war, zweimal — vergeblich — zum Wort gemeldet.

Es wird gemeinsam abgestimmt über die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung.

Nach der endgültigen amtlichen Feststellung über das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Reichstags sind für den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und gleichzeitig für das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Papen 512 Stimmen abgegeben worden.

Gegen die Anträge stimmten 42 Abgeordnete, nämlich 35 Deutschnationale und die sieben Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Von den Deutschnationalen hat sich jedoch der Abgeordnete Spahn der Stimme enthalten. Ferner haben sich der Stimme enthalten: die drei Abgeordneten des Christlichsozialen Volksdienstes Behrens, Schmidt-Westfalen und Simpfendörfer, sowie der Abgeordnete der Volksrechtspartei Bauser-Stuttgart, so daß sich im ganzen fünf Stimmenthaltungen ergeben. Ueberhaupt nicht an der Abstimmung teilgenommen haben die vier Mitglieder der Staatspartei, die zwei Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei und die zwei Wirtschaftsparteiler.

Präsident Göring

fährt fort: Nachdem bereits die Abstimmung begonnen hatte, hatte der Herr Reichskanzler um das Wort gebeten. Nach der Abstimmung hätte ich gemäß der Verfassung dem Herrn **Reichskanzler das Wort erteilt.**

Während der Abstimmung hat nun der Herr Reichskanzler mir ein Schreiben des Reichspräsidenten überreicht, das von dem Reichskanzler und dem Innenminister gegengezeichnet ist, die durch das Mißtrauensvotum als gestürzt zu gelten haben. Dadurch ist das Schreiben hinfällig geworden.

(Größte Unruhe im ganzen Hause. Händeklatschen b. d. Nat.-Soz. und den Komm.) Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des Artikels 25 löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Verordnung vom 4. September verlangt.“

Ich nehme den Standpunkt ein, daß dieses Schreiben vorläufig keine Gültigkeit hat, da die Gegenzeichnung, von einem Ministerium erfolgt ist, das durch die Volksvertretung soeben mit überwältigender Mehrheit gestürzt worden ist.

Der Sturz des Kabinetts war ebenso wenig überraschend wie die beabsichtigte Auflösung des Reichstags. Die Absicht der Auflösung des Reichstags wurde unterstrichen durch das Verhalten des Herrn Vizepräsidenten Graef bei der Vorstellung des Präsidiums bei dem Herrn Reichspräsidenten.

Wir werden alle Schritte und Maßnahmen treffen, um ein Auflösungsdekret, das von einer gestürzten Regierung gegengezeichnet ist, die sich lediglich auf die verschwindende Anzahl von 32 Stimmen im gesamten Reichstag stützt, daß ein solches Auflösungsdekret zurückgenommen wird (Beifall b. d. Nat.-Soz.), nachdem es durch diese Gegenzeichnung die Gültigkeit verloren hat.

Ich schlage vor, daß wir jetzt die Sitzung abbrechen und morgen weitertagen.

Die in Aussicht genommene Sitzung des Aeltestenrats des Reichstags ist wieder abgesagt worden. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Aeltestenrats hätten sich, wie gemeldet, an dieser Sitzung nicht mehr beteiligt, weil sie die Auffassung vertreten, daß der Aeltestenrat durch die Auflösung mitbetroffen worden ist. Da auch die Vertreter der Zentrumsfraktion dem Reichstagspräsidenten gegenüber erklärt hatten, daß nach ihrer Ansicht der Reichstag nicht mehr vorhanden sei, hat sich Präsident Göring veranlaßt gesehen, auch die für Dienstag in Aussicht genommene Sitzung des Reichstags abjagen zu lassen.

Konfliktsverschärfung

Reichsregierung erscheint nicht im Ueberwachungsausschuß.

Berlin, 14. September.

Im Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gab nach der Eröffnung der Verhandlung durch den Vorsitzenden, Abg. Löbe, der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Gottheiner, folgende

Erklärung der Reichsregierung:

Die Reichsregierung hält daran fest, daß das Vorgehen des Reichstagspräsidenten in der letzten Sitzung des Reichstags mit der Reichsverfassung und mit der Geschäftsordnung des Reichstags nicht vereinbar ist.

Nach Artikel 33 Absatz 3 der Reichsverfassung haben die Vertreter der Reichsregierung das verfassungsmäßige Recht, auch außerhalb der Tagesordnung, d. h. auch nach Schluß der Debatte und zu jedem beliebigen Gegenstande, das Wort zu ergreifen.

Entgegen dieser Bestimmung hat der Reichstagspräsident trotz wiederholter Wortmeldung dem Reichskanzler das Wort nicht erteilt, obwohl eine Abstimmung noch nicht begonnen hatte.

Es steht fest, daß nach der Wortmeldung des Reichskanzlers ein Antrag auf namentliche Abstimmung aus dem Hause gestellt wurde. Es steht weiter fest, daß der Präsident diesen Antrag zugelassen hat, und daß er das Haus noch darüber befragt hat, ob die Abstimmung über die Aufhebung der Notverordnung mit der Abstimmung über den Mißtrauensantrag verbunden werden solle. Wenn der Reichstagspräsident nach der Wortmeldung des Reichskanzlers noch einen Beschluß auf namentliche Abstimmung herbeiführte, so ergibt sich daraus mit völliger Klarheit, daß die Abstimmung bei der Wortmeldung des Reichskanzlers noch nicht begonnen hatte, und daß der Präsident selber die Abstimmung noch nicht als begonnen ansah.

Damit steht fest, daß dem Reichskanzler geschäftsordnungs- und verfassungswidrig das Wort versagt worden ist.

Infolge dieses Verhaltens des Reichstagspräsidenten war der Reichskanzler genötigt, die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten, die die Auflösung des Reichstags verfügte, in der Weise dem Reichstag zu übermitteln, daß er sofort nach der wiederholten Ablehnung der Worterteilung die Urkunde dem Reichstagspräsidenten übergab. Mit der Uebergabe der Urkunde trat die Auflösung in Wirksamkeit.

Jede weitere Tätigkeit der noch versammelten Abgeordneten entbehrte damit der verfassungsrechtlichen Grundlage. Beschlüsse des Reichstags über die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September d. J. und über die Entziehung des Vertrauens liegen daher nicht vor.

Ungeachtet dieser klaren Rechtslage hat der Präsident des Reichstages an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet:

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 12. September 1932 auf Grund der Anträge Torgler und Genossen — Nr. 118, 119 und 44 der Drucksachen — mit 512 bei 559 abgegebenen Stimmen beschlossen:

1. Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 425) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

2. Die Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 433), erlassen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932, ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

3. Der Reichstag entzieht der Reichsregierung von Papen das Vertrauen.“

Aus diesem Schreiben in Verbindung mit den Erklärungen, die er am Montag abgegeben hat, ergibt sich, daß der Reichstagspräsident die Auflösung des Reichstags nicht anerkennt. Mit dieser Stellungnahme des Reichstagspräsidenten steht die Einberufung des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung im Widerspruch. Die Reichsregierung ist jederzeit bereit, mit dem nach Artikel 35 der Reichsverfassung gestellten Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung zu verhandeln.

Sie muß es jedoch ablehnen, in solche Verhandlungen einzutreten, ehe nicht der Reichstagspräsident sein Schreiben vom 12. September zurückgezogen hat.

Nach Abgabe dieser Erklärung verließ Ministerialdirektor Gottheiner die Sitzung.

Reichstagspräsident Göring erklärte, er müsse anerkennen, daß die Reichstagsauflösung rechtsgültig sei, da auch ein gestürzter Reichskanzler ein Auflösungsdekret gegenzeichnen könne, solange er das Vertrauen des Reichspräsidenten habe.

Dagegen müsse er auf seinem Standpunkt beharren, daß die Abstimmungen rechtsgültig seien, da sie bereits begonnen hatten, als der Reichskanzler sich zum Worte gemeldet hatte. Allerdings habe er auch formal juristisch lebhafte Bedenken, ob die Begründung, die für die Auflösung gegeben worden sei, mit dem Geist und dem Sinn der Verfassung übereinstimme.

Abg. Berndt (Dnat.) erklärte, daß er sich voll auf den Boden der Ausführungen des Regierungsvertreters stelle.

Auf einen Zuruf von Seiten der Nationalsozialisten und des Zentrums, warum denn dann die Deutschnationalen sich an der Abstimmung beteiligt hätten, erklärte Redner: Das sei geschehen, um den Mehrheitsparteien nicht die Freude zu machen, auf einen einstimmigen Beschluß des Reichstags hinweisen zu können in einer Sache, die wahrlich mehr Verantwortungsgefühl verlangt hätte als es der Reichstagspräsident und die Reichstagsmehrheit bewiesen hätten.

In der weiteren Aussprache erklärte Abg. Löbe (Soz.) als Vorsitzender, daß nach Artikel 35 der Verfassung der Ausschuß bestellt sei für die Zeit außerhalb der Tagung und nach Beendigung einer Wahlperiode oder der Auflösung des Reichstags bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags. Die Regierung habe übrigens in ihrer Erklärung die Rechtmäßigkeit des Ausschusses anerkannt und nur von dem Reichstagspräsidenten eine Erklärung verlangt, ob er die Auflösung des Reichstags anerkenne. Abg. Weg-
[illegible] er Regierung als
[illegible] ie Regierung au[illegible]
[illegible] aufgelöst, auf der
[illegible] hr Erscheinen im
[illegible]
[illegible] **nochmals, daß er**
[illegible] **Ungültigkeit der**
[illegible]
[illegible] bestritt nachdrück-
[illegible] äsidenten und er-
[illegible] g selbst noch gar
[illegible] t war. Während
[illegible] luseinandersetzun-
[illegible] en Nationalsozia-
[illegible]
[illegible] **timmen wurde**
[illegible] **angenommen,**
[illegible] **des Reichskanz-**
[illegible] **verlangt.**
[illegible] kurz mit der po-
[illegible] des in der Nach
[illegible] ng erklärte, daß
[illegible] rden sei. Die Po-
[illegible] stagsgebäude ein-
[illegible] räsidenten vorher
[illegible] nicht zu erreichen
[illegible] en das Vorgehen
[illegible] erklärte, er sei
[illegible] Verbindung ge-
[illegible] u verlangen. Ge-
[illegible] d bei Stimment-
haltung des Zentrums wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, in dem der Ausschuß feststellt, daß die in der Nacht vom 12. bis 13. September in den Büros der kommunistischen Reichstagsfraktion von der Kriminalpolizei durchgeführte Haussuchung ein eklatanter Bruch der Abgeordneten-Immunität sei. Der Ausschuß verlange die sofortige Bestrafung der für die Durchführung Verantwortlichen.

Der Ausschuß vertagte sich dann bis 1 Uhr, um die Entscheidung der Regierung abzuwarten.

Auch nach Wiedereröffnung der Sitzung war kein Vertreter der Regierung erschienen. — Vors. Löbe teilte mit, daß er sich mit Staatssekretär Planck in Verbindung gesetzt habe. Er habe die Auskunft erhalten, daß die Regierung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320916-16/fragment/page=0003
DFG